

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 30 (1951)
Heft: 2

Artikel: Das neue China
Autor: Furrer, Paul
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336564>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

führer sprechen heute davon, daß es notwendig und möglich sei, ihn abzuschaffen. Eine Organisation der demokratischen und friedliebenden Völker mag, wenn es gut geht, kriegslustige Diktatoren im Zaum halten. Die Kriegsgefahr wirklich beseitigen können die Völker nur, wenn sie ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. So gibt es auf die Dauer nichts Wirksameres zu tun, als für Ausbreitung und Sicherung der Demokratie in der ganzen Welt zu arbeiten. Dabei ist Demokratie zunächst abgesehen von Kapitalismus oder Sozialismus verstanden. Es gibt aber schon heute keine Demokratie mehr in der Welt, die sich nicht, wenn auch mit vorübergehenden Rückschlägen, in der Richtung auf den Sozialismus hin entwickeln würde. Diese Entwicklung ist nicht als Geschenk gekommen, sondern wird überall in harter Arbeit errungen. Sie allein vermag die Demokratie und damit eine auf den Frieden gerichtete Politik des eigenen Staates zu sichern. Erst wenn diese Strömung die ganze Welt erfaßt hat, wird der Friede gesichert sein. Der Weg scheint uns weit, sehr weit, und es ist wenig wahrscheinlich, daß unsere Generation noch das Ziel erreichen oder auch nur vor sich sehen wird. Aber wir glauben nun wenigstens zu wissen, welche Richtung wir unsern Anstrengungen zu geben haben, und schon damit ist viel gewonnen.

PAUL FURRER

Das neue China

Die Auseinandersetzungen zwischen den USA und Großbritannien über die Entwicklung in Korea, vor allem aber die Gefahr einer Ausweitung des Konfliktes zu einem Weltkrieg scheinen einer vorurteilslosen Untersuchung über die internen Verhältnisse Chinas nicht günstig zu sein. Und doch wird sich, wenn der Welt das Schlimmste erspart bleibt, das Problem China erneut stellen: Wie steht es um China heute? Welcher Art sind die Beziehungen Chinas zu Rußland? Wie soll sich der Westen zu diesem neuen Riesenreich einstellen?

In der «Roten Revue» vom September 1949 wurden die Ausführungen Lattimores skizziert, der die USA dringend davor warnte, sich der Entwicklung in China mit Waffengewalt entgegenzustemmen. Was er befürwortet, eine Politik der Zusammenarbeit, des Ausmanövrierens einer russischen Einflußnahme durch amerikanische Hilfe, wurde von den USA nicht befolgt. Die USA betonten zwar bis zum Koreakonflikt ihre «traditionelle Chinafreundlichkeit», verhinderten aber andererseits ganz offen eine Aufnahme Chinas in den Sicherheitsrat. Heute ist die Lage so, daß der Einsatz der Atombombe in verantwortlichen Kreisen erwogen wird, und daß bekannte amerikanische Kongreßmitglieder für eine Zerstörung des Verkehrsnetzes und der Industrieanlagen Chinas Propaganda machen.

Es ist andererseits auch nach den Rückschlägen der Westmächte in Korea nicht anzunehmen, daß sich Großbritannien von seiner politischen Linie der Verständigung mit China wird abdrängen lassen. Labourkreise wie Konservative sind angesichts der beschränkten Mittel des Landes einer Abenteuerpolitik im Fernen Osten abgeneigt, um so mehr, als sie wissen, daß auch Amerikas Draufgängertum nicht zum kleinsten Teil innenpolitische Ursachen hat. Der «New Statesman» steht so nicht allein in der Forderung nach einer Viermächtekonferenz zur Besprechung der Fragen, die die heutige Krise heraufbeschworen. Vor allem liegt Großbritannien daran, den Koreakonflikt beizulegen und mit China bessere Beziehungen herzustellen. Englische Kreise, die nicht das Ressentiment Amerikas über die ungeheure Schlappe, die sich mit dem Namen Chiang Kai-shek verbindet, zu überwinden haben, sind bestrebt, sich Klarheit über die neue Lage im Fernen Osten zu verschaffen. Sie suchen nach Möglichkeiten, den abgerissenen Kontakt wiederherzustellen. So ist es nicht verwunderlich, wenn Publikationen über das neue China, darunter Berichte von Beobachtern bürgerlicher Observanz, großem Interesse begegnen.

«Neues China – Drei Urteile», ein Buch, zu dem Kingsley Martin, der Redaktor des «New Statesman», ein Vorwort beigetragen hat¹, enthält Darstellungen von Augenzeugen der Befreiung Chinas durch die Armeen Mao Tse-tungs, und deren erste Auswirkung auf den Arbeitsbereich zweier Verfasser. Van der Sprenkel war 1948/49 Gastprofessor an der Nankai-Universität, Tientsin, und hatte engen Kontakt mit chinesischen Intellektuellen. Robert Guillain bereiste das neue China 1949 und veröffentlichte seine Beiträge in der Pariser Zeitung «Le Monde», deren außenpolitischer Redaktor er heute ist. Michael Lindsay, ein Dozent der Universität Oxford, entfloh 1941 aus japanisch besetztem Gebiet und arbeitete bis 1944 mit den Kommunisten in Yenan zusammen. Er kehrte 1949 mit seiner chinesischen Frau nach China zurück. Alle drei Gewährsleute sind geschulte Beobachter, mit China und chinesischer Geschichte seit jeher vertraut, auch in der Lage, die wirtschaftlichen Notwendigkeiten des neuen China zu beurteilen.

Die Frage der chinesisch-russischen Beziehungen, auf die sich im Westen das Interesse konzentriert, wird nach diesen Gewährsleuten eigentlich am besten durch den Freundschafts- und Beistandspakt beantwortet, der am 14. Februar zwischen China und der Sowjetunion abgeschlossen wurde. Dessen Zweck ist die Verhinderung künftiger Angriffe Japans oder irgend-

¹ New China – Three Views. O. van der Sprenkel. Turnstile Press, 240 p., London, August 1950.

eines andern Staates, der mit Japan zusammenarbeitet, und sofortige gegenseitige Beistandspflicht der beiden Bündnispartner, falls ein solcher Angriff zustande kommt. Für Friedenszeiten ist gegenseitige wirtschaftliche Hilfe vorgesehen. Acheson, der amerikanische Staatssekretär, hat in diesem Staatsvertrag ein Instrument der Unterwerfung Chinas unter die Führung Rußlands sehen wollen. Unsere drei Gewährsleute stimmen darin überein, daß die Chinesen im Gegenteil darauf hinweisen, wie sie hier zum erstenmal als völlig Gleichberechtigte verhandelten (zum Unterschied von den Vertragsabschlüssen, die ihnen in früheren Jahren von den Westmächten und Japan abgenötigt wurden), und daß sie keinen Grund haben, an der Erfüllung der russischen Verpflichtungen zu zweifeln. Wenn etwas festgestellt werden kann, so ist es dies: Seit ihrer Einmischung in die chinesische Revolution (Borodin), die für sie ein so peinliches Ende nahm, haben sich die Russen ihrem Nachbarn gegenüber höchst korrekt gezeigt. Die Sowjetunion hat zum Beispiel nie in die amerikanischen Verhandlungen mit der Kuomintang eingegriffen; andererseits war es die Sowjetunion, die als erstes Land die demütigenden «ungleichen Verträge» mit China aufhob und von 1937 bis zum Ausbruch des Weltkrieges China im Austausch mit Waren versorgte, zu einer Zeit, da England und Amerika es vorzogen, dem japanischen Eroberer Chinas Kriegsmaterial zu liefern. Sowjeteinfluß rettete übrigens 1937 das Leben des Antikommunisten Chiang Kai-shek und hielt die Fiktion seiner Herrschaft aufrecht, bis aller Welt klar war, daß Mao Tse-tungs Truppen ihn aus China vertrieben hatten.

Das Land, das nach Japan die Entwicklung in China am nachhaltigsten beeinflußt hat, ist natürlich doch die Sowjetunion. Aber die Tatsache allein, daß die chinesische Kommunistische Partei sich seit zwanzig Jahren nicht nur ein gewaltiges Maß an eigenen Erfahrungen erworben und ohne materielle Hilfe von Rußland die japanischen Invasionsheere und die gewaltige, von Amerika ausgerüstete Armee Chiangs überwunden hat, lassen sie wenig geeignet erscheinen, die Rolle eines Untergebenen Rußlands zu spielen. Wenn die führenden Männer Chinas auf diese Leistungen zu sprechen kommen, so ist ihr Sprache nicht die von Satelliten. Sie sind sich der gewaltigen Kräfte des chinesischen Volkes, seiner jahrtausendalten Tradition und Kultur sehr wohl bewußt, sie wissen ferner, daß allein schon die Weite des chinesischen Raumes (fast 10 Millionen Quadratkilometer) und die Volkszahl von 470 Millionen Gegebenheiten sind, die das Geschwätz von der Satellitenrolle Chinas als durchsichtige Propaganda enthüllen müssen. Sie «lehnen sich einseitig an Rußland an», wie Mao sich ausdrückt, weil sie nach den demütigenden Erfahrungen mit den Westmächten heute gar nichts anderes tun

können. Sie können, wie man es in China allenthalben hören kann, «von den Erfolgen Rußlands wie von seinen Mißerfolgen viel lernen». Aber, praktisch eingestellt, wie sie meistens sind, suchen sie für chinesische Probleme chinesische Lösungen. Es wäre falsch, zu behaupten, die heutigen Beherrscher Chinas seien in erster Linie Nationalisten und erst lange nachher Kommunisten, denn das China der Zukunft kann nach ihrer Auffassung nur kommunistisch sein.

Vorläufig scheint ihnen die russische Theorie der Möglichkeit eines Weltkonfliktes zwischen den kommunistischen Ländern und den Kräften der Gegenrevolution plausibel. Die Chinesen sehen eine Bestätigung der russischen Theorie, daß nur die Furcht vor einer Niederlage die Imperialisten vor einem militärischen Angriff auf China abhalte, im amerikanischen Weißbuch über China. Dieses Dokument betonte (1949), daß eine «großangelegte militärische Intervention in China (zugunsten von Chiang) unterblieb, weil sie vollkommen undurchführbar war». Daraus ergibt sich für China die absolute Notwendigkeit des Zusammengehens mit der Komintern. Die Möglichkeit eines Konfliktes mit der Sowjetunion wird vorläufig gar nicht ernst genommen. Unter zunehmendem Druck des Westens, meint Lindsay, würden die Chinesen sogar russische Beherrschung als das kleinere Übel betrachten. Solange chinesische Städte von Chiangs Stützpunkten aus, aus amerikanischen Flugzeugen (von Japanern gesteuert, wie man in China annimmt) mit amerikanischen Bomben belegt werden, denen Tausende zum Opfer fallen, solange dies geschieht, sagt Lindsay, wird kein Chinese und noch weniger ein chinesischer Kommunist in den Russen eine größere Gefahr sehen als in den Amerikanern.

Von großer Bedeutung ist das Landproblem. Noch ist China zu über 80 Prozent ein Bauernland. Die Devise der Kommunisten ist die Aufteilung des Großgrundbesitzes, die überall dort eingeführt wurde, wo sie Zeit und geschulte Leute hatten, sie zu leiten, das heißt in der Mandschurei und in Nordchina. Wo das neue Regime mit der nötigen Sorgfalt vorgehen konnte, wurde eine bedeutende Hebung der Produktion erzielt, und zwar hauptsächlich dank der genossenschaftlichen Zusammenarbeit (co-operative labour groups). Während diese Umstellung im Norden die Bauern zu den zuverlässigsten Verbündeten der Kommunisten machte, verlief die Besetzung von Mittel- und Südchina in einem solchen Blitztempo, daß, allein zeitlich gesehen, eine geregelte Neuverteilung des Landes ganz ausgeschlossen war. Tausende von Dörfern in Mittel- und Südchina haben, seit die Armeen Mao Tse-tungs über sie hinwegfluteten, kaum etwas von der Revolution verspürt außer einigen Reden von Propagandisten oder Studenten, so daß mindestens

in den zuletzt eroberten Gebieten die Landverteilung noch durchzuführen ist. Die früheren Herren des Landes, die Großgrundbesitzer, sind zwar nominell ihrer Macht beraubt, aber sie sind nicht ersetzt. General Lin Piao, der mit seinen mandschurischen Truppen Zentralchina von der Kuomintangherrschaft befreit hatte, erklärte am 19. Juli 1949 in Hankow, die Neuorganisierung der Landwirtschaft sei die dringlichste Aufgabe. Eine Vernachlässigung der Landschaft müßte sich in der Belieferung der Städte katastrophal auswirken. Seither wird, wie es scheint, der Reorganisation des Dorfes und der Ausbildung von Verwaltungsbeamten für diese Gebiete mehr Gewicht beigelegt. Die chinesische Landwirtschaft hat mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen. Dämme und Bewässerungskanäle, die die Grundlage des Reisbaues bilden, mußten zur Zeit des japanischen und des Bürgerkrieges weitgehend vernachlässigt werden, so daß sich Überschwemmungen, wie die von 1949, zu nationalen Katastrophen auswachsen mußten. Auch der Verkehr, der stark auf Kanalschiffahrt eingestellt ist, wurde auf ein Minimum reduziert. Während die Hungersnot, die 1931 auf eine Überschwemmung folgte, durch Einfuhr von Reis gemildert werden konnte, ist auch diese Möglichkeit heute abgeschnitten, denn Chiang Kai-shek hält, mit amerikanischer Zustimmung, immer noch die Blockade der chinesischen Häfen aufrecht. Neun Zehntel des chinesischen Schiffsraums sind in seinen Händen; die 40 000 Tonnen, die der Mao-Regierung verbleiben, können höchstens um einige von Ausländern gecharterte Küstendampfer vermehrt werden. China ist vorläufig auf sich selbst angewiesen. Es ist nur die Fähigkeit des chinesischen Volkes, sich, wenn es sein muß, mit einem minimalen Lebensstandard zu begnügen, die der heutigen Generation ein Durchkommen überhaupt ermöglicht. Die Bemühungen der Regierung Maos gehen dahin, die Existenzbasis der Bevölkerung zu verbreitern. Der landwirtschaftlich nutzbare Boden kann, nach nicht-kommunistischen Schätzungen, nur um wenige Prozent vermehrt werden, es sei denn, man investiere ungeheure Kapitalien in Bewässerungsanlagen und Gewinnung von Neuland, was offensichtlich unmöglich ist. Unternehmungen dieser Art, wie zum Beispiel das Tennesseeetal, sind das, was chinesische Sachverständige heute an Amerika bewundern. Ebenso schwer fällt China die Mechanisierung der bestehenden Landwirtschaft, die nicht einmal den hundertsten Teil der amerikanischen erreicht hat. Es ist darum verständlich, daß die Kollektivierung der Landwirtschaft, die die Regierung erstrebt, noch auf Jahre hinaus nicht in Frage kommt. Einzig in der Mandschurei bestehen einige landwirtschaftliche Großbetriebe, die von den Japanern übernommen wurden.

Was Mao Tse-tung (wie auch die indische Kongreßregierung) erstrebt,

ist eine Erhöhung des industriellen Produktionsanteils, der heute in China nur 10 Prozent des Nationaleinkommens ausmacht. Die Regierung stellt als vorläufiges Ziel einen 40prozentigen Anteil der Industrie auf. In welcher Frist diese Steigerung zu erreichen sei, wird nirgends gesagt. In der Praxis geht es der Regierung darum, die von den Japanern übernommene Industrie, welche heute verstaatlicht ist, wieder in Gang zu bringen. In der Mandschurei brachten die Arbeiter, trotz der Demontage zahlreicher Betriebe durch die Russen, die Produktion einigermaßen in Gang (1949 etwa 30 Prozent der unter den Japanern erreichten Leistung). Die Textilindustrie in der Umgebung von Schanghai (60 Prozent) ist durch das Fehlen von Rohstoffen (Blockade) fast zum Stillstand gekommen, wenn auch versucht wird, ihr kleinere Mengen von Baumwolle aus dem Hinterland zuzuführen. Die nicht als Kriegsbeute übernommene Industrie ist nicht verstaatlicht; die Regierung sucht auch die mit ihr zusammenarbeitenden Industriellen zu unterstützen, indem sie Forderungen der Arbeiterschaft, welche den Betrieb verunmöglichen würden, heute herunterschraubt. Streiks sind illegal. Die Industriellen werden allerdings nicht darüber im Zweifel gelassen, daß private Unternehmungen nur geduldet sind, weil die Regierung vorläufig weder Techniker noch Kapitalien zur Verfügung hat, um die Fabriken selbst zu betreiben. Auch private Export- und Importfirmen bestehen weiter, speziell britische Firmen klammern sich zähe an ihren Positionen fest, wohl unter dem Eindruck, daß die Regierung Maos keine überstürzten Maßnahmen treffen werde.

Lindsay besonders weist immer wieder auf einen gewissen Zwiespalt hin zwischen wissenschaftlicher Einstellung, die auf Tatsachen abstellt und die zu ergreifenden Maßnahmen daraus ableitet, und der stur doktrinären Haltung, die extrem so formuliert werden könnte: Alles, was nicht mit der kommunistischen Parteilinie übereinstimmt, ist keine Tatsache. Die ersterwähnte Einstellung glaubt er in führenden Schichten der Partei konstatieren zu können. Er ist der Überzeugung, daß sie sich ein eigenes Urteil bilden und in ihrer Selbstdisziplin und Unbestechlichkeit ein Novum in der Politik Chinas darstellen. Mao selbst hat den Grundsatz aufgestellt, daß unnötiges Blutvergießen zu vermeiden sei, daß versucht werden müsse, Menschen mit sozial wertvollen Eigenschaften für das neue China zu gewinnen. Diese Direktiven scheinen in weitem Umfange durchgeführt zu werden. Dafür spricht das disziplinierte Verhalten der Armeen, das von allen Fremden, die sie zu beobachten Gelegenheit hatten, anerkannt wird. Weiter läßt sich dafür anführen das Fehlen einer Geheimpolizei, unter deren Willkür unter Chiang Kai-sheks Regime besonders die Universitäten gelitten hatten. Familien in Mao-Tse-tung-China, deren Angehörige auf Formosa mit Chiang Kai-shek zusammen-

arbeiten, werden von den Kommunisten nicht belästigt. Für Lindsay ergibt sich aus allen seinen Beobachtungen, daß das neue Regime in der Opposition, die noch besteht, keine Gefahr sieht. Es ist übrigens kein Einpartei-Staat, sondern eine Koalition von Parteien, in der aber die Kommunisten die Schlüsselstellungen innehaben. Nach der offiziellen Darstellung, die Mao in «Neue Demokratie», der politischen Bibel des neuen China, gibt, will sich die Regierung auf vier Klassen stützen: die Arbeiter in den Städten, die Bauern, die «nationalen» Industriellen (die mit der Regierung zusammenzuarbeiten gewillt sind) und die «Bourgeoisie». Auch die Kuomintang-Partei, mit Ausnahme der Chiang-Kai-shek-Clique, die Intellektuellen und die Ausland-Chinesen sind in der am 2. Oktober 1949 gebildeten Regierung vertreten. Die Regierung hat es anscheinend verstanden, die Gebildeten für sich zu gewinnen, während gerade ihre Opposition gegen Chiangs Regime seinen Sturz besiegelte. Vorsichtiger ausgedrückt: die Kuomintang hatte in China so vollkommen abgewirtschaftet, daß die Zivilbevölkerung nicht mehr bereit war, einen Finger für sie zu rühren. (Wenn heute in Amerika Pläne bestehen, Chiang Kai-shek weiter zu unterstützen, so dürfte ihnen darum kaum Erfolg beschieden sein.) Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Regierung Mao Tse-tungs sind sicher auf jedem Sektor ungemein groß. Die Gefahr besteht, daß durch die amerikanischen Abschließungsmaßnahmen und Drohungen die Entwicklung in China sich sehr viel kostspieliger an leiblichen und geistigen Opfern gestaltet. China muß seine Industrie ausbauen, wenn es seinen 470 Millionen Menschen bessere Lebensbedingungen bieten soll. Wenn eine künstliche Abkapselung China hindert, selbst mit seinem idealen Wirtschaftspartner, Japan, geregelte Beziehungen aufzunehmen, so ist es gezwungen, auch wirtschaftlich sich auf seinen andern Nachbarn, die Sowjetunion, einzustellen. Dies hat zur Folge, daß es auch Konzessionen an die politische Doktrin der Russen wird machen müssen. Wenn heute zum Beispiel von den Gebildeten in China ganz allgemein Kritik an der chinesischen Presse geübt und ihr vorgeworfen wird, sie sehe die Verhältnisse zu einseitig durch die russische Brille, so trägt die amerikanische Fernostpolitik dazu bei, solcher Kritik den Boden zu entziehen.

Lindsay ist der Überzeugung, der Westen habe es in der Hand, in China einen wissenschaftlich interpretierten Marxismus zu einer Form des Kommunismus sich entwickeln zu lassen, der dem Volke diene und demokratisch funktioniere, oder aber einen Kollektivismus unter der Herrschaft einer kleinen Clique, in vielem ähnlich der überlieferten Gesellschaftsstruktur Chinas, in der das marxistische Dogma an die Stelle der Philosophie des Konfuzius träte.